

Niederschrift

über die öffentliche Ortsbeirat Südliche Innenstadt von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin: Mittwoch, den 12.05.2021

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 19:40 Uhr

Ort, Raum: Rathaus, Casino

Anwesend sind:

Ortsvorsteher

Christoph Heller

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Karl-Heinz Hecker

Gabriele Deuschel-Deigentasch

Doris Behrendt

SPD-Ortsbeiratsfraktion

Lorena Schmitt

Margot Steeger

Paul Ludwig

Alfred Edler

FDP-Ortsbeiratsmitglied

Dr. Andreas Werling

DIE GRUENEN - Ortsbeiratsfraktion

Jens Brückner

Raik Dreher

Nesrin Akpınar

Armin Winkler

DIE LINKE-Ortsbeiratsmitglied

Dr. Liborio Ciccarello

FWG-Ortsbeiratsmitglied

Elke Faulmüller

Schriftführer/in

Christiane Balduf

im Ortsbezirk wohnende Stadtratsmitglieder

Sevki Bilgin

David Guthier

Eleonore Hefner

Heike Heß

Maike Jurk

Monika Kleinschnitger

René Puder

Entschuldigt fehlen:

Anni Braun

Tagesordnung:

1. Bericht Ortsvorsteher
2. Sachstand des Programms "Sozialer Zusammenhalt" im Dichterviertel
Vorlage: 20213383
3. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Erläuterungen zur Umsetzung des neuen KITA-Zukunftsgesetz
Vorlage: 20213405
4. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Parkproblematik in der Max-Pechstein-Straße
Vorlage: 20213406
5. Antrag der Grünen-Ortsbeiratsfraktion
Abschließbare Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und Lastenräder und Ladestation für E-Bikes um den Ludwigsplatz
Vorlage: 20213378
6. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Entwicklung von Neuzuzug und Kinderentwicklung in der Südlichen Innenstadt
Vorlage: 20213408
7. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion,
Aufstellen von Bänken und zusätzlichen Müllbehältern im Stadtpark
Vorlage: 20213409
8. Antrag der Grünen-Ortsbeiratsfraktion
Prüfung einer zeitl. befristeten Pop-up Bike Lane
Vorlage: 20213381
9. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Informationen zum Bedarf neuer Verwaltungsflächen für ein neues Rathaus
Vorlage: 20213416
10. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Maßnahmen gegen die Vermüllung der Hinterhöfe Ludwigsstraße 2-4
Vorlage: 20213411
11. Antrag der Grünen-Ortsbeiratsfraktion
Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht im Bereich Berliner Straße zwischen Dammstraße und Kleefootplatz in beiden Fahrtrichtungen
Vorlage: 20213379
12. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Umsetzung des Blitzers in der Hafestraße
Vorlage: 20213412

13. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Freigabe des Bolzplatzes im Stadtpark
Vorlage: 20213414
14. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Hundeverbotschilder rund um die Sitzgruppe Saarlandstraße Ecke Kurfürstenstraße
Vorlage: 20213413
15. Anfrage der Grünen-Ortsbeiratsfraktion
Sachstand Baufortschritt JVA
Vorlage: 20213380
16. Anfrage der Grünen-Ortsbeiratsfraktion
Sachstand der Planungsarbeiten des künftigen Polizeipräsidiums
Vorlage: 20213382

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ausschuss war beschlussfähig.

Vor Einstieg in die Tagesordnung bittet der Ortsvorsteher, Herr Heller, um Zustimmung, dass TOP 3 zur TOP 1 vorgezogen wird – was einstimmig zugestimmt wird -.

Protokoll:

zu 1 Bericht Ortsvorsteher

1. KITA-Zukunftsgesetz

Der Ortsvorsteher, Herr Heller, hat den Antrag auf der Ortsbeiratssitzung den Ortsbeiräten vorgestellt und mitgeteilt, dass es bei der nächsten Ortsbeiratssitzung im August eine Präsentation dazu geben wird. Vertreter der Verwaltung werden persönlich anwesend sein.

2. Umplanung Berliner Straße zwischen Bahnhofstraße und Jägerstraße

Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt nimmt die Vorlage zur Kenntnis. Wir weisen darauf hin, dass Probleme, die vorher waren, zum Teil nicht gelöst sind. Aus diesem Grund bitten wir um Nachbesserung. Damit die Fahrradwege frei bleiben, weisen wir heute schon darauf hin, dass wir, wenn festgestellt wird, dass es nicht klappt, auf jeden Fall nachgebessert haben möchten. Ansonsten stimmen wir der Aufbesserung zu.

Der Antrag wurde einstimmig so beschlossen.

3. Ausbau der Mundenheimer Straße

Der Bereich Tiefbau 4-14 teilt mit:

Nach Information im Ortbeirat wurde die Maßnahme Ausbau der Mundenheimer Straße zwischen von-Weber-Straße und Adlerdamm in der Sitzung des BGA am 17.08.2020 vorberaten und durch den Stadtrat am 24.08.2020 genehmigt.

Der Realisierungsbeginn der Maßnahme war für Frühjahr 2021 vorgesehen.

Zwischenzeitlich sind folgende Punkte eingetreten, die sich auf die Projektentwicklung auswirken:

- Aufgrund des baulichen Zustands der Kreuzung Mundenheimer Straße / Adlerdamm soll diese in das kommende Ausbauprogramm aufgenommen werden. In diesem Zug soll der gesamte Kreuzungsbereich auch im Hinblick auf eine geometrische Optimierung untersucht werden. Dieses betrifft auch den in der Maßnahme „Ausbau Mundenheimer Straße“ beinhalteten westlichen Teil der Straße (Aufweitung der Fahrstreifen zur Kreuzung Adlerdamm hin).

Um eine Mehrfachbearbeitung zu vermeiden soll dieser Teil von der Maßnahme „Ausbau Mundenheimer Straße“ in die geplante Maßnahme „Ausbau Kreuzung Mundenheimer Straße / Adlerdamm“ übertragen werden, da die Kreuzung fachlich als Einheit bearbeitet werden sollte.

Die Planung und Ausschreibung für die Maßnahme „Ausbau Mundenheimer Straße“ wird dementsprechend angepasst.

Die Arbeiten im Kreuzungsbereich sollen direkt im Anschluss an den Ausbau der Mundenheimer Straße erfolgen.
- Im Zuge der weiteren Bearbeitung sind Umstände eingetreten, die bei einer Beibehaltung des Realisierungszeitraums zu möglicherweise deutlichen Mehrkosten in Bezug auf die Entsorgung vorgefundenen kontaminierten Materials führen könnten. Diese sollen vermieden werden. Durch eine Verschiebung der Maßnahme soll eine kostengünstige Lösung möglich gemacht werden.
- Aufgrund eines Personalengpasses in der Abteilung Bauwerke im Bereich Tiefbau muss der für das Projekt Mundenheimer Straße zuständige städtische Ingenieur der Abteilung Straßenbau aktuell sicherheitsrelevante Aufgaben in der Abteilung Bauwerke übernehmen. Somit kann eine Projektbetreuung derzeit nur eingeschränkt erfolgen.

Aufgrund der genannten Rahmenbedingungen soll der Realisierungszeitraum des Projekts in das Jahr 2023 verschoben werden. Wir hoffen auf Ihr Verständnis.

Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt nimmt nicht begeistert die Umplanung zur Kenntnis. Wir verstehen die Defizite, die ausgelöst werden, wenn wir zwei Baustellen so kurz hintereinander haben. Wir möchten gerne frühzeitig informiert werden über die ganze Baumaßnahme (mit Adlerdamm, Kreuzung und Mundenheimer Straße), da dies auch die Südliche Innenstadt betrifft (Ablauf, Zeit, wie die Baustelle gemanagt wird).

Der Antrag wurde einstimmig so beschlossen.

4. Begrünung des Pfalzgrafenplatzes

Der Bereich Grünconsulting 4-113 teilt mit:

Wir verweisen auf unsere Stellungnahme vom 04.08.2020.

Der in 2017 vorgestellte Plan ist angehängt. Auch damals sind keine Aussagen über eine Unterpflanzung getroffen worden. Da zwischen der Planung und der Umsetzung 2 weitere Bäume gefällt werden mussten, haben wir statt des damals geplanten einen Baumes 3 Bäume nachgepflanzt.

Wir bitten um Verständnis, dass wir uns gegen eine Unterpflanzung entschieden haben. Wir befürchten mit gutem Grund, dass uns die Pflanzen zerstört werden. Nicht überall in der Stadt können wir die Biodiversität fördern, da nicht jede Fläche dazu geeignet ist.

Diese Entscheidung wurde aus der Beobachtung heraus gewonnen, wie mit dem Platz in der Interimszeit umgegangen wurde. Ständig wurde Müll abgeladen oder es parkten Fahrzeuge in der Pflanzfläche.

Gegen das unbefugte Parken liegen die Findlinge in der Fläche.

Die Begrünung des Pfalzgrafenplatzes besteht aus den 3 neu gepflanzten Bäumen. Dies ist die strukturbildende und wichtigste Pflanzung des Platzes. Der Schotter dient als Mulchschicht, die die Feuchtigkeit im Boden hält und den Unkrautbewuchs unterdrückt. Dies erleichtert die Pflege im öffentlichen Raum.

Auf eine Unterpflanzung mit Stauden und Bodendeckern, wie wir sie auf Verkehrsinseln häufig angelegt haben, haben wir verzichtet. An diesem Ort, wo Passanten direkten Zugriff auf die Pflanzflächen haben, ist leider zu befürchten, dass die Pflanzen herausgerissen oder mit Müll verdeckt werden. Dies ist uns an anderer Stelle leider schon passiert.

Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt nimmt den Plan zu Kenntnis. Unsere Erwartung war eine ganz andere. Das nicht im Vorfeld mit uns zu besprechen, sondern Fakten zu schaffen und das nach so langer Zeit, in der wir immer wieder angemahnt haben, dass die Bepflanzung immer noch fehlt, trifft massiv auf Unverständnis.

Wir legen Wert darauf, als Ehrenamtliche wahrgenommen zu werden. Bitte solche Entscheidungen mit uns vorher besprechen und nicht Fakten schaffen. Wir sollten auf jeden Fall Lösungen finden, die den Platz in der Optik noch aufwertet. Eine Kapitulation vor den Chaoten kann auch nicht die Lösung auf Dauer sein.

Der Antrag wurde einstimmig so beschlossen.

5. Absperrung der Müllbehälter an den Straßenbahnhaltestellen

Der Bereich Entsorgungsbetrieb und Verkehrstechnik 4-22 teilt mit:

Der Bereich Entsorgungsbetrieb und Verkehrstechnik ist für die Leerung der Papierkörbe an den Straßenbahnhaltestellen zuständig. Bauliche Veränderungen können von uns nicht vorgenommen bzw. veranlasst werden. Hier wären der Bereich Tiefbau und die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (RNV) der richtige Ansprechpartner. Die RNV sieht jedoch, speziell an der Haltestelle Amtsgericht, keine Möglichkeit die Papierkörbe von der Straßenseite her unzugänglich zu machen.

Die Problematik der Hausmüllentsorgung an öffentlichen Papierkörben ist bekannt. Ob ein Austausch der Papierkörbe an Haltestellen gegen Behälter mit kleinerem Einwurf das Problem lösen könnte, wird bezweifelt. Die Kosten für einen Austausch würden allerdings auch in keiner wirtschaftlichen Relation zum erhofften Nutzen stehen.

Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

6. Nachfragen zur Nachpflanzung von Stileichen im Stadtpark

Der Bereich Grünflächen und Friedhöfe 4-21 teilt mit:

1. Wenn schon bei Pflanzung bekannt war, dass die tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort ein Anwachsen etlicher Setzlinge eher unwahrscheinlich werden lassen, weshalb wurden die Setzlinge dann dort gepflanzt?

Die Pflanzung der Eichensetzlinge erfolgte nach forstlichen Gesichtspunkten unter fachlicher Abstimmung mit dem zuständigen Revierförster zur Stabilisierung der Hartholzhaue. Dabei wird idealerweise auf eine einfache Verjüngung/Umwandlung des Waldes lediglich mit Verbißschutz ohne intensive Pflege wie im Stadtpark durchgeführt gesetzt. Es wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die Waldflächen nicht nur in der Oberrheinebene in- zwischen unter den in Folge trockenen Jahren leiden.

2. Durch welchen städtischen Bereich bzw. Fremdfirma wurden die Setzlinge gesetzt und bis heute betreut?

Die Pflanzung erfolgte durch Fa. Schrader; Ingolstadt.

3. Was hat die Anschaffung der Setzlinge gekostet (nur die Setzlinge)?
4. Was hat das eigentliche Pflanzen der Setzlinge gekostet?

Die Kosten zur Bepflanzung betragen ca. 170.000 EUR. Eine Detaillierung auf Kosten der Setzlinge allein ist aus der Historie nicht mehr nachzuvollziehen.

5. Wie hoch belaufen sich die Kosten für die Betreuung der Clusterpflanzen auf der Parkinsel vom Zeitpunkt der Pflanzung bis heute?

Die Clusterpflanzen wurden nach der Fertigstellung nicht weiter intensiv betreut, da dies für Clusterpflanzen unter forstlichen Gesichtspunkten grundsätzlich nicht notwendig ist.

6. Können Gewährleistungsansprüche geltend gemacht werden?

Nein, die Leistung „Bepflanzung“ wurde fachgerecht erbracht und abgenommen.

7. Wenn ja, gegen wen? *siehe 6*

8. Die Nachpflanzung soll an den gleichen Orten wie vorher erfolgen, macht das mit den gemachten Erfahrungen überhaupt Sinn?

Nach Kontrolle der Cluster sind nach derzeitigem Stand nicht alle Pflanzen je Cluster abgestorben, die Zweckerfüllung ist von daher bislang gegeben.

9. Wäre es nicht erfolgversprechender und deshalb sinnvoller die Stileichen an einem anderen Ort der Parkinsel, mit z.B. mehr Licht zu pflanzen?

Im Rahmen der Landschaftsplanung wurden absichtlich mehrere Cluster an verschiedenen Standorten absichtlich im Waldbereich der Parkinsel verteilt, um den Charakter eines Hartholzauenwaldes im Bestand zu fördern und zu stabilisieren.

10. Ist die Stileiche mit den gemachten Erfahrungen und den Gegebenheiten vor Ort überhaupt der richtige Baum oder gäbe es geeignetere Alternativen? Wenn ja, welche?

Die Stileiche ist der typische Baum der Hartholzaue, bestens an den speziellen Lebensraum auf Dauer angepasst.

11. Was kosten die nach zu pflanzenden Setzlinge in Forstqualität?

Der Preis pro Pflanze beträgt ca. 2-3 Euro.

12. Durch wen werden diese Setzlinge in den nächsten 3 Jahren betreut?

Eine Betreuung der Cluster erfolgt durch den Bereich 4-21.

13. Kann davon ausgegangen werden, dass diese Setzlinge mit einer Anwachsquote von mindestens 90% anwachsen?

Nein, eine absolute Anwachsgarantie kann generell nicht gegeben werden. Entscheidend ist, dass sich unter forstlichen Bedingungen nicht alle, sondern die stärksten Pflanzen durchsetzen und weiter entwickeln können.

14. Wenn nicht, mit welcher Anwachsquote rechnet die Verwaltung?

Siehe 13.

15. Was wird bei der Nachpflanzung 2021 anders sein bzw. gemacht werden, um den gewünschten Erfolg 160 Stileichen dauerhaft auf der Parkinsel anzupflanzen zu gewährleisten?

Siehe 13.

Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

zu 2 Sachstand des Programms "Sozialer Zusammenhalt" im Dichterviertel

Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt bedankt sich herzlich für die Präsentation und freut sich über Informationen und weitere Zusammenarbeit.

**zu 3 Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Erläuterungen zur Umsetzung des neuen KITA-Zukunftsgesetz**

TOP 3 wurde zu TOP 1 vorgezogen.

**zu 4 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Parkproblematik in der Max-Pechstein-Straße**

Der Bereich Straßenverkehr 2-15 teilt mit:

Bei der Max-Pechstein-Straße handelt es sich um eine sogenannte Sackgasse bzw. Stichstraße. Sie dient vorwiegend dem Verkehr der Anlieger (Bewohner, Besucher, Handwerker, Paketdienste, Pflegedienste etc.).

Der öffentliche Parkraum in der Max-Pechstein-Straße ist durch baulich hergestellte Parkbuchten geregelt. Ansonsten gilt in der übrigen Straße absolutes Haltverbot zur Sicherung der Aufstellflächen und Zufahrten der Feuerwehr.

Die Max-Pechstein-Straße zeigt aufgrund ihrer Lage in der Regel am Wochenende Park-probleme auf, es findet viel Parkraumsuchverkehr statt (z.B. Besucher*Innen der Parkinsel und der Rheinschanzenpromenade).

Sofern Parkraum vorhanden ist, darf sich jeder Verkehrsteilnehmer mit ordentlich zugelassenem Fahrzeug einen regulären Parkplatz suchen und nutzen.

Die im Antrag geforderten Schilder „Stichstraße- kein Wendkreis“ und „Parken für Anlieger, Besucher und Lieferanten“ sieht die Straßenverkehrsordnung (StVO) nicht vor. Ebenso kann an dieser Örtlichkeit keine Kurzparkzone eingerichtet werden, da es weder Geschäfte noch Betriebe gibt, die einen Kurzzeitparkbedarf erzeugen.

Im Übrigen sind in der Rheinallee ausreichend Kurzzeitparkplätze vorhanden.

Die Verkehrsüberwachung wird die Max- Pechstein-Straße gezielt in die Wochenendüberwachung aufnehmen.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, die vorhandene Straßennamensbeschilderung um den Hausnummernindex (1,3,5 und 2,4,6,8,10,12) zu ergänzen. Somit wird die Sackgasse bzw. Stichstraße ausreichend verdeutlicht.

Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt bedankt sich einstimmig für die Verkehrsüberwachung und ist sich jedoch nicht sicher, dass dies ausreicht und bittet nochmals die Verwaltung zu prüfen, ob es weitere Möglichkeiten gibt und speziell darauf zu achten, ob die Verkehrsüberwachung schon hilft.

**zu 5 Antrag der Grünen-Ortsbeiratsfraktion
Abschließbare Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und Lastenräder und
Ladestation für E-Bikes um den Ludwigsplatz**

Der Bereich Tiefbau 4-14 teilt mit:

Die Situation vor Ort wird aktuell dahingehend geprüft, ob und ggfs. welcher Bedarf besteht und ob entsprechende Flächen dafür genutzt werden können. Sobald Ergebnisse vorliegen, wird der Ortsbeirat hierüber in Kenntnis gesetzt.

Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt bedankt sich einstimmig für die Antwort und weist darauf hin, dass hier dringender Bedarf gesehen wird und deshalb bitten wir um schnellere Prüfung und natürlich um Kenntnisnahme im Ortsbeirat.

**zu 6 Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Entwicklung von Neuzuzug und Kinderentwicklung in der Südlichen Innen-
stadt**

Der Bereich Stadtentwicklung 1-16 teilt mit:

Die durch Neubaugebiete bzw. größere Neubauprojekte zu erwartende zusätzliche Einwohner- bzw. Kinderzahl wurde und wird berechnet anhand der zu erwartenden Zahl an neuen Wohneinheiten und der durchschnittlichen Belegungsdichte je Wohneinheit im Gesamtbestand der Stadt Ludwigshafen. Diese Werte werden regelmäßig fortgeschrieben. Dabei erfolgt eine Differenzierung nach Gebäudetyp (Ein- und Zweifamilienhäuser vs. Mehrfamilienhäuser) und soweit möglich nach Finanzierungsart (frei finanziert vs. geförderter Wohnungsbau), da sich die jeweiligen Belegungsdichten unterscheiden. Eine tiefergehende Untergliederung (z.B. nach Wohnungsgröße) ist nicht möglich, da im Melderecht keine Zuordnung der Einwohner zu der jeweiligen Wohnung erfolgt. Auch die Unterscheidung nach Finanzierungsart der Wohnung ist nur eingeschränkt möglich, weil Bebauungspläne dies nicht regeln und sich meist erst bei Projektstart, manchmal auch später, diese Frage klärt.

Dabei stößt die Vorausberechnung ausfolgenden Gründen auch an Grenzen:

1. Die oben genannte Berechnungsmethode ermittelt den zu erwartenden Bruttozuzug. Hiervon abziehen sind die Einwohner, die bereits vorher im „Zielgebiet“ gewohnt haben, um so den Nettozuzug zu ermitteln. Die Größe des „Zielgebiets“ ist jedoch relativ und vom Sachbezug abhängig: Bei den großen Neubaugebieten der letzten beiden Jahrzehnte, stammten jeweils ein bis zwei Drittel der Bezieher von außerhalb und dementsprechend ebenfalls ein bis zwei Drittel aus Ludwigshafen. In Bezug die gesamtstädtische Infrastruktur bedeutet dies, dass etwa die Hälfte der Neubewohner schon vorher diese genutzt haben und für lediglich etwa die Hälfte der Neubewohner diese Infrastruktur anzupassen bzw. zu erweitern ist. Anders zeigt sich der Sachverhalt bei kleinräumiger Infrastruktur: So muss die Grundschulversorgung jeweils zwingend räumlich innerhalb der 23 fest definierten Grundschulbezirke erfolgen. Nimmt man hier exemplarisch die Brüder-Grimm-Schule, so ist davon auszugehen, dass der allergrößte Teil des Zuzugs in das Rheinufer Süd von außerhalb des Grundschulbezirks stammt und sich somit Brutto- und Nettobedarf sehr nahekomen. Zwar gibt es auch hier Entlastungseffekte innerhalb Ludwigshafens, nur lassen diese sich vorab weder quantifizieren noch verorten.

2. Ist ein Bebauungsplan ist offen angelegt, so kann die Zahl der zu erwartenden WE recht unbestimmt sein. Die Bandbreite des möglichen Zuzugs ist dementsprechend groß.

3. Wird anders gebaut als (ursprünglich) geplant, ändern sich die Bedarfe.

4. Mitunter liegen zwischen Aufstellung des Bebauungsplans und tatsächlicher Bebauung längere Zeiträume, manchmal sogar Jahrzehnte. Damit sind die ursprünglichen (demografischen) Annahmen oftmals überholt und müssen dann dementsprechend aktualisiert werden.

5. Infrastrukturen für Kinder und Jugendliche sind besonders zeitkritisch, da sie passgenau für wenige oder sogar einzelne Jahrgänge ausgelegt sein müssen. Schon zeitliche Verschiebungen von wenigen Jahren bei der Realisierung von Neubauprojekten können hier zu Problemen führen, da sich Kinderzahlen kleinräumig selten über einen längeren Zeitraum konstant entwickeln.

6. Bei schnellem Baufortschritt größerer Bauprojekte können Spitzenbedarfe entstehen, die die vorausberechneten Größen spürbar übersteigen. Im Regelfall wird die Infrastruktur nicht für diese kurzfristigen Spitzenbedarfe ausgelegt, zumal die Genehmigungsbehörden (Zuschüsse) nur die längerfristig benötigte Infrastruktur anerkennen.

Aktuell ergibt sich für die Südliche Innenstadt folgende Lage:

Süd:

Im Grundschulbezirk der Brüder-Grimm-Schule sind im Bereich des Rheinufer Süd kurzfristig noch knapp 190 WE im Baufeld 5 zwischen Rheinallee und Karl-Krämer-Straße offen (der Einzug in die ersten Wohnungen beginnt ab 1.6.2021) sowie weitere knapp 130 WE im nördlichen Entree (wobei hier für den Erstbezug noch kein Datum genannt werden kann). Bei einer durchschnittlichen Belegungsdichte von 2,074 Personen werden insgesamt etwa 650 - 700 Einwohner erwartet, darunter etwa 4,5 Kinder je Jahrgang im Kindertagesstätten- bzw. Grundschulalter (0,0234 Kinder je Jahrgang und WE). Mittelfristig steht weiterhin die Realisierung des Ludwigs-Quartiers an, mit etwa 550 WE sowie

weiteren etwa 250 Studenten- und Seniorenappartements. Unter Berücksichtigung der Sonderbauformen (1,2 Personen je WE) ist mit weiteren 1.400 bis 1.500 Menschen zu rechnen, darunter etwa 13 Kinder je Jahrgang im Kindertagesstätten- bzw. Grundschulalter. Da bei der geplanten Bebauung Luitpoldhafen-Süd die Zeitschiene noch völlig unklar ist, bleibt dieser Bebauungsplan bei der Betrachtung zz. ausgeklammert.

Im Grundschulbezirk der Wittelsbachschule ist recht zeitnah mit Baubeginn auf dem ehemaligen Pfalzwerke-Gelände zu rechnen (die ersten 82 WE sind genehmigt), wo gegen Ende der Bebauung etwa 330 WE mit ca. 670 bis 700 Personen neu erwartet werden, darunter etwa acht Kinder je Jahrgang im Kindertagesstätten- bzw. Grundschulalter.

Mitte:

In Mitte stehen derzeit zwei Projekte der GAG an, mit 22 WE in der Bismarckstraße sowie weiteren 17 WE in der Benckiserstraße. Hier werden ca. 70 bis 90 Neubaubezieher erwartet, darunter etwa ein Kind je Jahrgang im Kindertagesstätten- bzw. Grundschulalter. Die Betrachtung der geplanten City-West bleibt an dieser Stelle ebenfalls ausgeklammert, zu vage für belastbare Detailaussagen sind derzeit noch Planungsgrundlagen und Zeitabläufe. Nach heutigem Stand werden jedoch im Falle einer größeren Wohnbebauung eine eigenständige Kindertagesstätten- und Grundschulversorgung notwendig, möglicherweise auch ein Schulstandort einer weiterführenden Schule.

Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt nimmt einstimmig die reichhaltigen Informationen der Verwaltung zur Kenntnis und bedankt sich für die Information. TOP 6 auf die nächste Ortsbeiratssitzung verschoben.

Wir bitten die Verwaltung uns persönlich zu informieren und mit uns zu besprechen, mit was wir rechnen müssen.

zu 7 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion, Aufstellen von Bänken und zusätzlichen Müllbehältern im Stadtpark

Der Bereich Grünconsulting 4-113 teilt mit:

Den Müllbehälter an der Parkstraße 60 werden wir ersetzen. Wir werden auch weitere stationäre Müllbehälter und Bänke aufstellen. Für die Aufstellung weiterer stationärer Müllbehälter und Bänke bedarf es einer Planung. Die Festlegung der Standorte anhand eines Luftbildes möchten wir gerne zusammen mit dem Ortsbeirat machen. Eine Einladung zu einem Termin wird folgen. Sollte ein Ortstermin notwendig werden, müssen die Corona Bestimmungen passen. Das ist derzeit noch nicht der Fall. Der WBL hat bereits Ende April übergangsweise 13 provisorische Müllbehälter aufgestellt und leert diese regelmäßig.

Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt freut sich einstimmig auf ein gemeinsames Suchen für die Plätze für Müllbehälter und Bänke. Wir hoffen auf schnellstmögliche Umsetzung.

**zu 8 Antrag der Grünen-Ortsbeiratsfraktion
Prüfung einer zeitl. befristeten Pop-up Bike Lane**

Der Bereich Straßenverkehr 2-15 teilt mit:

Nach Prüfung des Antrages kommt der Bereich Straßenverkehr (2-15) zu folgendem Ergebnis:

Vor Einrichtung entsprechender verkehrsrechtlicher Maßnahmen müssen zwingend die örtlichen und verkehrlichen Bedingungen wie verfügbarer Straßenraum, Verkehrsaufkommen, Siedlungsdichte, Bedarf (keine Radverkehrsanlagen) etc. bedacht werden. Die Errichtung eines Pop-up Radweges darf sich nicht zum Nachteil übriger Verkehrsteilnehmer auswirken (Verlust einer Fahrspur, Verlust von Parkplätzen etc.).

Außerdem darf ein Pop-up Radweg nur dann errichtet werden, wenn nicht bereits eine Radverkehrsanlage besteht.

Vor diesem Hintergrund gibt es in der südlichen Innenstadt keine Straße, die die Voraussetzungen für einen Pop-up Radweg erfüllt. Schon allein deshalb, weil sich an allen Hauptverkehrsstraßen (Saarlandstraße, Mundenheimer Straße, Lagerhausstraße und Rheinallee) Radverkehrsanlagen befinden.

Die Grünen-Fraktion wird sich mit der Verwaltung in Verbindung setzen und Vorschläge machen.

**zu 9 Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Informationen zum Bedarf neuer Verwaltungsflächen für ein neues Rathaus**

Der Bereich Organisation 1-11 teilt mit:

Im Rahmen des Projekts „Arbeitsplatz der Zukunft“, das am 18.01.2021 vom Hauptausschuss beauftragt wurde, erforschen die Stadt Ludwigshafen und das Institut für Beschäftigungsfähigkeit und Employability IBE (Wissenschaftliche Einrichtung der Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft in Ludwigshafen) die Anforderungen an die zukünftigen Arbeitsplätze der Stadtverwaltung Ludwigshafen. Hierbei spielen auch Veränderungen, die sich durch Demografie und Digitalisierung, ökonomische, technologische, sozio-ökologische und gesellschaftliche Trends ergeben, eine wichtige Rolle. Ein Ziel des Forschungsprojekts, das am 1. März 2021 dem Hauptausschuss vorgestellt wurde, ist, nachhaltig Dienstleistungen kundenorientiert und über mehrere Kanäle anzubieten bzw. auszubauen (telefonisch, persönlich und digital). Im Rahmen einer interdisziplinären Gesamtbetrachtung (organisatorisch, personell, technisch und räumlich) geht es darum, die Herausforderungen einer hohen Flexibilität agil und aktiv zu gestalten und sich als lernende Organisation ständig weiter zu entwickeln. Die hier gewonnenen Erkenntnisse haben auch Auswirkungen auf das Raum- und Flächenprogramm des neuen Rathauses. Die Ergebnisse des Projekts liegen Ende 2021 vor.

Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt bedankt sich für die Antwort und freut sich auf die Information nach Festlegung, des Bedarfs und möglicher Umsetzung.

Der Antrag wurde mit zwei Gegenstimmen mehrheitlich so beschlossen.

**zu 10 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Maßnahmen gegen die Vermüllung der Hinterhöfe Ludwigsstraße 2-4**

Der Bereich Wirtschaftsbetriebe 4-2 teilt mit:

In den Hinterhöfen der Ludwigsstraße 2-4 wird wöchentlich, zumeist illegaler Sperrabfall eingesammelt. Die reguläre Abfall- und Altpapierentsorgung findet regelmäßig statt. Von den Anwohnern wird immer wieder berichtet, dass wohl nachts Fahrzeuge Sperr- und Restabfall dort ablagern. Eine Beschränkung macht jedoch wenig Sinn, da diese erst auf dem Privatbereich vorgenommen werden kann. Jedoch genau an der Grenze zwischen städtischem- und Privatgelände befindet sich der Hot-spot der illegalen Entsorgung durch mutmaßlich Fremde.

Die Mitarbeiter der Straßenreinigung reinigen im Interesse des öffentlichen Erscheinungsbildes regelmäßig auch den Standplatz um die Abfallbehälter. Das vorgehaltene Abfallvolumen wurde geprüft und für ausreichend befunden.

Aus Sicht des WBL sind die Möglichkeiten zur Verbesserung der Sauberkeit in diesen Hinterhöfen ausgeschöpft.

- 1. Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt weist einstimmig darauf hin, dass wir nicht über einen Hinterhof sondern über eine öffentliche Straße reden.**
- 2. Wir haben keine Zweifel daran, dass die Abfallbehälter ausreichen würden für die Wohn-Bebauung. Nachdem diese noch illegal genutzt werden, reichen Sie deshalb nicht aus. Die Bewohner vor Ort können doch dafür nicht bestraft werden, dass illegal Müll abgeladen wird. Wir werden uns nicht damit abfinden, dass Straftaten begangen werden und sich diese immer wiederholen.**

Wir weisen dringend darauf hin, dass unser alter Wunsch eine Kamera zu installieren, dort eine ideale Grundlage hätte. Gerne auch eine, die man montieren und entsprechend wieder demonstrieren kann. Wenn man ein Nummernschild erkennen kann, würde dies ausreichen, um ihn bestrafen zu können. Aber ein einfaches „damit müssen wir leben“ kann für uns auf keinen Fall die Lösung sein.

Wir werden Ihnen die uns vorliegenden Bilder zukommen lassen.

**zu 11 Antrag der Grünen-Ortsbeiratsfraktion
Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht im Bereich Berliner Straße zwischen Dammstraße und Kleefootplatz in beiden Fahrrichtungen**

Es liegt keine Stellungnahme der Verwaltung vor. Der Antrag wird auf die nächste Ortsbeirats-sitzung am 25.08.2021 verschoben.

**zu 12 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Umsetzung des Blitzers in der Hafestraße**

Der Bereich Straßenverkehr 2-15 teilt mit:

Die teilmobile Geschwindigkeitsmessanlage („Enforcementtrailer/ Blitzeranhänger“), die zuletzt in der Hafestraße (gegenüber Hausnummer 22) aufgestellt wurde, wurde aufgrund einer Bürgerbeschwerde an dieser Örtlichkeit platziert.

Die angekündigte Messung zum Antrag vom 14.04.2021 Richtung „Insel Bastei“ fand bisher noch nicht statt.

Dennoch möchten wir an dieser Stelle über die Messergebnisse der letzten Messung informieren.

Der Trailer stand in der Zeit vom 30.04.2021 bis zum Morgen des 06.05.2021 10 Uhr. Aufgezeichnet wurden alle durchfahrenden Fahrzeuge in Fahrtrichtung Menzelstraße. Über den gesamten Zeitraum wurden 2045 Durchfahrten verzeichnet. Dies entspricht im Durchschnitt 340,83 (also ca. 341) Fahrzeugen pro Tag in Fahrtrichtung Menzelstraße.

Mit einer Beanstandungsquote von 6,2 % konnte im Vergleich zu den Messungen aus dem Jahr 2020 sogar eine Verbesserung festgestellt werden.

Die beantragte Messung in Fahrtrichtung „Insel Bastei“ vor den geraden Hausnummern 80 bis 116 wurde von der Verkehrsüberwachung bereits eingeplant und wird zur gegebenen Zeit unaufgefordert dem Ortsvorsteher zur Kenntnis gegeben.

Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt erwartet die Resultate der Messung ab der Drehbrücke in Richtung Insel Bastei.

Der Antrag wurde einstimmig so beschlossen.

**zu 13 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Freigabe des Bolzplatzes im Stadtpark**

Der Bereich Grünconsulting 4-113 teilt mit:

Hier die Antwort der TWL, die für die Baustelle verantwortlich ist:

Wir hatten durch das Hochwasser einige Wochen Verzögerungen im Bauablauf. Im Moment verlegen wir noch die Anschlussleitungen und Kabel für den neuen Brunnen, parallel wird aber auch schon die Baustelleneinrichtung zurückgebaut. Dies sollte bis 21.05.2021 erledigt sein. Gerne können wir schon für die 21. KW einen Besichtigungstermin vereinbaren. Wir würden dann auch direkt einen Gala - Bauer mit hinzuziehen, damit dieser nach Vorgaben die Fläche wieder Instand setzen kann.

Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt nimmt einstimmig gerne an dem Besichtigungstermin teil. Sie haben aber Verständnis, dass dieser Bolzplatz für die Kinder und Jugendlichen wichtig ist. Deswegen ist jeder Tag, wo man den Bereich nutzen kann, ein geschenkter Tag!

**zu 14 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Hundeverbotschilder rund um die Sitzgruppe Saarlandstraße Ecke Kur-
fürstenstraße**

Der Bereich Grünconsulting 4-113 teilt mit:

Der sogenannte Christian-Weiß-Platz ist nicht im Besitz der Stadt Ludwigshafen. Somit ist er kein öffentlicher Platz. Die Fläche gehört der GAG.

Wir haben mit dem zuständigen Mitarbeiter*in Kontakt aufgenommen, und um eine Antwort gebeten. Sobald wir diese haben, werden wir den Ortsbeirat informieren.

Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

**zu 15 Anfrage der Grünen-Ortsbeiratsfraktion
Sachstand Baufortschritt JVA**

Der Bereich Bauaufsicht 4-17 teilt mit:

Bei der o.g. Baumaßnahme handelt es sich gem. § 83 Landesbauordnung (LBauO) um ein Vorhaben des Bundes und der Länder.

Bei diesen Vorhaben wird kein Baugenehmigungs- sondern ein sog. Zustimmungsverfahren durchgeführt.

Im vorliegenden Fall erteilte die Bauaufsicht gegenüber dem Landesbetrieb Mobilität (LBM) ihre Zustimmung für die o.g. Baumaßnahme.

Da dieses Verfahren im Zuständigkeitsbereich des Landesbetriebes Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) liegt, liegen uns zum aktuellen Sachstand Infos keine vor.

Der zuständige Mitarbeiter des LBB ist aus Sicherheitsgründen nicht befugt, Informationen direkt weiterzugeben. Dies darf nur direkt durch die bzw. im Austausch mit der Pressestelle des LBB erfolgen.

Aus diesem Grund haben wir Ihre Anfrage an den LBB weitergeleitet. Zwischenzeitlich haben wir entsprechende Rückmeldung erhalten. Ihre Fragen wurden durch den LBB wie folgt beantwortet:

- Beim Anbau der JVA Ludwigshafen gibt es seit einer ganzen Weile, keinen sichtbaren Fortschritt.

„Die Außenanlagen der Justizvollzugsanstalt, u.a. mit dem neuen Treppenaufgang, Stellplätzen und einem barrierefreien Stellplatz, wurden 2019 fertiggestellt. Von außen nicht sichtbar, gingen die Arbeiten im Gefangenenhof der JVA weiter und wurden Ende 2020 abgeschlossen. Auch die Innenausbauarbeiten im Neubau der Werk- und Sporthalle sind von außen kaum wahrnehmbar.“

- Es wird angefragt ob der Verwaltung der derzeitige Sachstand, was den Ausbaufortschritt des Besucher-, Sport- und Besucherbereiches der JVA Ludwigshafen bekannt ist?

Bei dieser Frage verweist die LBB an die Stadtverwaltung. Der Bauaufsicht liegen darüber auf Grund fehlender Zuständigkeit keine Informationen vor.

- Wann kann mit der Fertigstellung der Erweiterungsarbeiten gerechnet werden?

„Die Übergabe der neuen Werk- und Sporthalle an die Justizvollzugsanstalt ist für Sommer 2021 geplant.“

- Welche Umstände verzögern die Beendigung der Erweiterungsarbeiten?

„Im Verlauf der Corona-Pandemie führten die seit Frühjahr 2020 notwendigen Kontaktbeschränkungen und Hygienevorschriften zu einer Verlängerung der Bauzeit. Nach wie vor dürfen weniger Firmen als sonst zur gleichen Zeit im Neubau tätig sein, die unterschiedlichen Auftragnehmer werden sicherheitsbedingt getrennt voneinander in verschiedenen Etagen eingesetzt. Die weiterhin bestehenden Unterbrechungen in den Lieferketten bringen bekanntermaßen ebenfalls Verzögerungen mit sich.“

Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt bedankt sich für die Stellungnahme und nimmt diese zur Kenntnis.

zu 16 Anfrage der Grünen-Ortsbeiratsfraktion Sachstand der Planungsarbeiten des künftigen Polizeipräsidiums

Der Bereich Bauaufsicht 4-17 teilt mit:

Fragen 1 bis 3:

Das Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch den Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung legte der Bauaufsicht am 23.11.2020 den Antrag auf Zustimmung nach § 83 LBauO „Vorhaben des Bundes und der Länder“ zur Prüfung vor. Der Antrag entspricht im Wesentlichen der bereits 2019 genehmigten Bauvoranfrage.

Geplant ist die Errichtung eines Gebäudes, welches aus zwei zueinander verschobenen Gebäudeteilen besteht, die sich in der Höhe unterscheiden. Das Gebäudeteil 1 hat insgesamt 11 Geschosse und 2 Dachaufsichten (Technikbereich); das Gebäudeteil 2, welches sich zur Bürgermeister-Hoffmann-Straße orientiert, hat 7 Geschosse und ein Technikgeschoss.

Bei dem geplanten Neubau handelt es sich um ein Hochhaus, welches ausschließlich durch das Polizeipräsidium genutzt wird.

Im Erdgeschoss ist eine Kantine geplant, welche zur Verpflegung der Mitarbeiter des Polizeipräsidiums sowie ca. 20 externen Gästen dient.

In den geplanten Untergeschossen ist u.a. die Tiefgarage mit 141 PKW-Stellplätzen, davon 20 Stellplätze für Elektrofahrzeuge vorgesehen. Zudem werden im 2. Untergeschoss 14 Fahrradstellplätze für E-Bikes vorgesehen; weitere Fahrradstellplätze befinden sich oberirdisch auf dem Grundstück.

Die Flachdächer werden extensiv und intensiv begrünt. Zudem ist eine Photovoltaikanlage vorgesehen.

Die Zustimmung nach § 83 LBauO kann erteilt werden, wenn alle fachtechnischen Stellungnahmen vorliegen.

Frage 4:

Über den geplanten Baubeginn liegen keine Kenntnisse vor.

Der Bereich Straßenverkehr 2-15 teilt ergänzend mit:

Dem Bereich Straßenverkehr ist lediglich der Baubeginn bekannt.

Voraussichtlicher Baubeginn 30.10.2021. Die Dauer des Bauvorhabens soll bis Juli 2024 andauern.

Der Ortsbeirat Südliche Innenstadt bedankt sich für die Stellungnahme und nimmt diese zur Kenntnis.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um
19:40 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 31.05.2021

Christiane Balduf
Schriftführer/in

Christoph Heller
Vorsitzende/r